

25.01**Reglement Ablieferung Stadtwerke an Stadthaushalt; Erlass**

Grundlage sind Bericht und Antrag des Stadtrates vom 18. Januar 2012 sowie der Antrag der Vorberatenden Kommission vom 2. März 2012 mit folgendem Antrag:

Das Reglement „Ablieferung Stadtwerke an Stadthaushalt“ wird erlassen.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) verliest als deren Präsident den Bericht der Vorberatenden Kommission. Die Kommission beantragt Zustimmung zum stadträtlichen Antrag.

Gallus Hälg (SVP) freut sich über das kurze und transparente Reglement. Für das Parlament wird die Diskussion um die Ablieferung der Stadtwerke entfallen. Zusätzliche Ablieferungen der Stadtwerke an den Stadthaushalt schliesst er auch in Zukunft nicht aus. Er beantragt Zustimmung zum Reglement.

Stadtpräsident Alex Brühwiler sieht hier eine rein finanzpolitische Vorlage. Auch in Zukunft werden zusätzliche Ablieferungen der Stadtwerke möglich bleiben. Er beantragt Zustimmung.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Reglement wird einstimmig zugestimmt.

25.02**Erneuerung Sporthalle Buechenwald, Baukredit**

Grundlage sind Bericht und Antrag des Stadtrates vom 18. Januar 2012 sowie der Antrag der Parlamentarischen Baukommission vom 7. März 2012 mit folgenden Anträgen:

1. Für die Sanierung der Sporthalle Buechenwald wird ein Baukredit von CHF 7'750'000 inkl. MwSt. bewilligt.
2. Die Investitionskosten sind linear während maximal 25 Jahren abzuschreiben.

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Baukommission, verliest deren Bericht. Die Sanierungskosten waren ursprünglich auf 4.4 Mio. geschätzt worden. Für die Baukommission stellte sich die Frage, ob die Halle dem GESAK entspricht, auch bei einer Erneuerung des Hallenbades, und ob die Zufahrt noch ausreichend ist. Dies kann bejaht werden. Für die Bauzeit können Lösungen gefunden werden, ohne dass ein Provisorium nötig wird, was die Baukommission unterstützt. Die Baukommission unterstützt die Anträge des Stadtrates einstimmig.

Benno Koller (SVP) anerkennt Sanierungsbedarf bei der Halle. Zum Zeitpunkt des Sanierungskredites 2009 waren die Kosten noch mit 4.4 Mio. beziffert, nun sollen die Kosten 3.3 Mio. höher liegen. Wird hier eine Luxuslösung realisiert? Die Sanierungskosten werden wohl oder übel geschluckt werden müssen. Die SVP-Fraktion wird ohne Begeisterung zustimmen. Einer zusätzlichen Sporthalle wird sie nicht zustimmen.

Walter Senteler (FDP) stellt unausweichlichen Sanierungsbedarf fest. Das vorliegende Projekt ist zweckmässig und massvoll. Die Bedürfnisse der Schule und der Vereine werden abgedeckt. Ein Hallenprovisorium wäre nicht verhältnismässig. Die FDP unterstützt das Projekt uneingeschränkt.

Alfred Zahner (FLiG) sieht in der Vorlage eine zukunftsgerichtete Lösung. Die Halle hebt sich nicht von anderen Hallen ab. Die FLiG unterstützt die Vorlage. Es besteht kein Zusammenhang mit der Initiative „Sporthalle“.

Stadtrat Stefan Lenherr hat Verständnis für den Unmut über die Mehrkosten. Der ursprüngliche Kostenvorschlag war zu wenig hinterfragt worden. Das Dach wurde zwischenzeitlich genauer geprüft, nach dem Zusammenbruch der Sporthalle in St.Gallen, und auch die Erdbebensicherheit wurde neu beurteilt. Der Standort der Halle ist nach wie vor richtig. Er beantragt Zustimmung.

Detaildiskussion:

Auf die Detaildiskussion wird verzichtet.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

25.03

Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2011; Genehmigung

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 21. März 2012 mit folgenden Anträgen:

1. *Die Jahresrechnungen 2011 der Stadtwerke, des Städtischen Haushaltes und des Altersheims Espel werden gestützt auf Art. 39 Abs. 1 der Gemeindeordnung genehmigt.*
2. *Der Ertragsüberschuss 2011 der Stadtwerke von CHF 3'956'852.29 wird wie folgt verwendet:*

Gewinnablieferung an den Stadthaushalt 2011	CHF	2'500'000.00
Sondereinlage Energiefonds	CHF	750'000.00
Zusatzablieferung an den Stadthaushalt 2011	CHF	500'000.00
Rückstellungen LED Projekt öffentl. Beleuchtung	CHF	206'852.29
3. *Der Ertragsüberschuss 2011 des Städtischen Haushaltes von CHF 2'413'929.28 wird für Zusatzabschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen (gemäss obenstehender Aufstellung CHF 1'561'601.03) und zur Einlage ins Eigenkapital (CHF 852'328.25) verwendet.*
4. *Der Ertragsüberschuss 2011 des Altersheims Espel von CHF 379'624.26 wird in die Betriebsreserve eingelegt.*
5. *Der Geschäftsbericht wird gestützt auf Art. 39 Abs. 3 Gemeindeordnung genehmigt.*

Eintretensdiskussion:

Franziska Geser-Burch verliest den Bericht der Geschäftsprüfungskommission:

„Der städtische Haushalt von Gossau schliesst einmal mehr mit einem Einnahmepius ab. Die Besserstellung gegenüber dem Budget beträgt rund 4,6 Mio. CHF. Diese lässt sich durch folgende Mehrerträge zurückführen:

- Steuern natürliche und juristische Personen	+1,5 Mio. CHF
- Handänderungssteuern	+0,6 Mio. CHF
- Nach- und Strafsteuern	+0,2 Mio. CHF
- Grundstückgewinnsteuern	+0,4 Mio. CHF
- Auflösung Rückstellung Steuerfusskorrektur	+0,8 Mio. CHF
- Mehrablieferung Stadtwerke	+0,5 Mio. CHF

Es gilt festzustellen, dass Gossau im Kanton St. Gallen nicht alleine mit höheren Steuereinnahmen beglückt worden ist. Vielmehr scheint es dem kantonalen Steueramt nicht gelungen zu sein, diese korrekt einzuschätzen.

Auf der Ausgabenseite schlugen die höheren Aufwändungen für Personalaufwand (+ 366'000 CHF, beim öffentlichen Verkehr + 200'000 CHF und bei den Beiträgen an die Pflegefinanzierung +250'000 CHF zu Buche.

Die neue Gestaltung von Jahresrechnung und Geschäftsbericht in einem einzigen Dokument darf als gelungen bezeichnet werden. Bisher kamen diese in mehreren kleinen Büchern daher. Erstmals stehen nun die Wirkungszielerreichung zur Verfügung. Die Zielerreichung ist klar ersichtlich. Es wird sich zeigen ob die Indikatoren richtig und sinnvoll sind. Fragen der GPK zur Jahresrechnung und Geschäftsbericht wurden durch die zuständigen Personen rasch und kompetent erläutert.

Der in der Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden verlangte Anhang zur Jahresrechnung, wie Geldflussrechnung, Eigenkapitalnachweis, Rückstellungs-, Beteiligungs-, Gewährleistungs-, und Anlagespiegel etc. wurde erstmals erstellt.

Im Bericht und Antrag vom 16. April 2012 hat Sie die Geschäftsprüfungskommission orientiert, dass wir die Amtsführung der Räte und der Verwaltung des vergangenen Jahres überprüft haben. Nach unseren Feststellungen werden die Amtsgeschäfte kompetent, korrekt und übersichtlich geführt. Die einzelnen Ressortschwerpunktsprüfungen haben wir im vergangenen Jahr vorgenommen. Allfällige Empfehlungen haben wir zu Händen des zuständigen Stadtrates abgegeben.

Die externe Kontrollstelle BDO AG, St. Gallen prüfte die Jahresrechnungen 2011 und empfiehlt in ihrem Bericht vom 15. März 2012 dem Stadtparlament Antrag auf Genehmigung der Jahresrechnungen zu stellen. Die Buchhaltung der Stadt Gossau wird ordnungsgemäss geführt. Die externe Kontrollstelle hat lediglich einzelne Empfehlungen abgegeben.

Die Geschäftsprüfungskommission dankt den Behörden, Kommissionen, Lehrkräften und allen Mitarbeitenden, die sich zum Wohle der Stadt Gossau einsetzen und zum vorliegenden guten Ergebnis 2011 beigetragen haben, insbesondere dem Finanzamt unter dessen Leitung von Heinz Loretini. Der BDO AG und seinem Team möchten wir für die konstruktive und angenehme Zusammenarbeit ebenfalls danken.

Das Ergebnis 2011 der Stadtwerke

Die Rechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von rund 3,9 Mio. CHF ab. Budgetiert waren 3,5 Mio. CHF. In den einzelnen Bereichen wurden folgende Ergebnisse erzielt:

Elektrizität	IST 3,4 Mio.	Budget 2,2 Mio.
Wasser	IST 0,4 Mio.	Budget 0,5 Mio.
Gas	IST -0,2 Mio.	Budget 0,8 Mio.

Die Abgrenzung für Deckungsdifferenzen aus Netznutzung betragen unverändert 800'000 CHF. Das ausgewiesene Delkredere beträgt 1,1 Mio. CHF. Die Reserve ohne Zweckbindung soll nach Möglichkeit in einem kommenden Budget aufgelöst werden.

Weiterhin auf eine grosse Beliebtheit stösst der Energiefonds der Stadt Gossau. Per Ende 2011 sind Beitragsgesuche in der Höhe von einer Mio. CHF pendent.

Im vergangenen Jahr konnten wiederum rund die Hälfte der budgetierten Investitionen ausgeführt werden. Es werden jeweils zusätzliche Projekte in die Investitionsplanung aufgenommen damit bei Nichtausübung der Projekte infolge Abhängigkeit Dritter, Ersatzobjekte zur Hand sind und dadurch das Personal ausgelastet werden kann.

Das Ergebnis 2011 des Altersheims Espel

Die Investitionsrechnung des Altersheims Espel weist Ausgaben in der Höhe von 271'000 CHF aus. Anpassungen im Zusammenhang mit dem Küchenumbau (elektrische Erschliessung und Brandschutzmassnahmen) wurden notwendig.

Die Belegung im Altersheim war gut. Die Pflegebedürftigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner war etwas tiefer als angenommen. Dank Minderaufwendungen bei den Personal- und Sachkosten, kann trotz Mindereinnahmen beim Betriebsertrag ein Ertragsüberschuss von rund 379'000 CHF ausgewiesen werden.

Das Ergebnis 2011 des Städtischen Haushalts

Im Voranschlag Investitionsrechnung waren Ausgaben in der Höhe von rund 14,4 Mio. CHF vorgesehen. Effektiv ausgeführt wurden 13,7 CHF, was eine Minderinvestition von 0,7 Mio. CHF ergibt.

2011 konnten nicht alle Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert werden. Deshalb mussten Kredite von insgesamt 6 Mio. CHF aufgenommen werden. Damit hat das Fremdkapital Ende 2011 einen Rekordbestand von 51 Mio. CHF erreicht. Die Verschuldung je Einwohner beträgt neu 1'390 CHF (Vorjahr 1'228 CHF).

Das Ergebnis 2011 der Laufenden Rechnung der Stadt Gossau weist einen Einnahmeüberschuss von rund 2,4 Mio. CHF aus.

Die Gewinnverwendung 2012

Stadtwerke

Der erzielte Ertragsüberschuss der Gossauer Stadtwerke von insgesamt 3,956 Mio. CHF soll gemäss Antrag des Stadtrates wie folgt verteilt werden:

- | | | |
|---|-----|--------------|
| • Gewinnablieferung an den Stadthaushalt 2012
(und nicht wie Bericht und Antrag für das Jahr 2011) | CHF | 2'500'000.00 |
| • Sondereinlage Energiefonds | CHF | 750'000.00 |
| • Zusatzablieferung an den Stadthaushalt 2012 (statt 2011) | CHF | 500'000.00 |
| • Rückstellung LED-Projekt öffentliche Beleuchtung
(Vorfinanzierung) | CHF | 206'852.29 |

Die GPK hat über die Anträge des Stadtrates diskutiert. Die Gewinnablieferungen an den Stadthaushalt wurden einstimmig, die anderen Beiden grossmehrheitlich unterstützt.

Die Ablieferungen der Stadtwerke werden im Zuge des Parlamentsentscheides wie vorgängig erwähnt als Gewinnablieferung im Folgejahr (Rechnung 2012) verbucht.

Das Reglement Ablieferung Stadtwerke an den Stadthaushalt tritt voraussichtlich auf den 1. Dezember 2012 in Kraft.

Städtischer Haushalt

Hier beantragt der Stadtrat der Ertragsüberschuss von CHF 2'413'929.28 wie folgt zu verwenden:

- | | | |
|--|-----|--------------|
| • Zusatzabschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen | CHF | 1'561'601.03 |
| • Einlage Eigenkapital | CHF | 852'328.25 |

Im Bericht und Antrag des Stadtrates vom 21. März 2012 ist eine Auflistung der vorgesehenen Zusatzabschreibungen inkl. Begründung ersichtlich.

Die zusätzlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden in der Rechnung 2011 verbucht.

Der Stadtrat sieht eine Einlage in das Eigenkapital vor. Warum macht dies Sinn? Die Reserve für künftige Aufwandüberschüsse beträgt aktuell 12,34 Mio. CHF. Mit dieser Reserve können Defizite aufgefangen werden. Der Selbstfinanzierungsgrad der kommenden Jahre geht bei einem 4 Jahres-Schnitt von einem Wert von unter 70 Prozent aus. Dies aufgrund dessen da in den nächsten Jahren verschiedene grosse Bauprojekte, wie Schulhaus- und Turnhallensanierungen, vorgesehen sind. Mittelfristig ist jedoch ein ausgeglichener Haushalt anzustreben.

Zur Bemessung des optimalen Eigenkapitals hat die Finanzdirektorenkonferenz im Handbuch eine Kennzahl veröffentlicht, der Eigenkapitaldeckungsgrad. Diese empfehlen, dass 12 % des laufenden Aufwandes als Zielgrösse für den Bilanzüberschuss vorhanden sein soll, um eine Durststrecke durchhalten zu können. Damit können Phasen mit einem tieferen Steueraufkommen (Rezession) überstanden werden, ohne den Steuerfuss anheben zu müssen. Im Planjahr 2014 zeigt dieser Wert in Gossau jedoch 0 auf.

Die Höhe des Eigenkapitals hat zudem auch Auswirkungen auf die Bonität des Kreditnehmers. Je besser das Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital ist, desto besser sind die Konditionen bei Kreditaufnahmen. Im Weiteren hat die GPK festgestellt, dass die Stadt Gossau ein strukturelles Defizit ausweist.

In Art. 112 GG ist definiert, dass ein Ertragsüberschuss dem Eigenkapital zugewiesen, für zusätzliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen verwendet oder in Vorfinanzierungen für künftige Ausgaben oder künftigen Aufwand eingelegt werden muss.

Aufgrund all dieser Ausführungen stützt die GPK den Antrag des Stadtrates. Mit der Einlage in das Eigenkapital sollen auch keine Gelüste für Steuersenkungen geschürt werden.

Altersheim Espel

Der Stadtrat beantragt den Ertragsüberschuss von 379'624.26 CHF der Betriebsreserve einzulegen. Dies ist unseres Erachtens ebenfalls zu genehmigen.

Anträge

Meine Damen und Herren, wir von der GPK stellen Ihnen auf der Grundlage der genannten Ausführungen daher folgende Anträge:

1. Die Jahresrechnungen 2011 der Stadtwerke, des Städtischen Haushaltes und des Altersheims Espel seien zu genehmigen.
2. Die Verwendung der Ertragsüberschüsse gemäss den Anträgen des Stadtrates sei zu genehmigen.
3. Der Geschäftsbericht sei gestützt auf Art. 39 Abs. 3 Gemeindeordnung zu genehmigen.“

Markus Mauchle (CVP) stellt bei den Stadtwerken ein erfreuliches Ergebnis fest. Die Sondereinlage in den Energiefonds begrüsst er. Die Mitarbeiterzufriedenheit von lediglich 62 % wird die künftige Zielerreichung erschweren. Er fragt, wie weit die Fremdfinanzierung der Investitionen noch vorangetrieben werden kann. Hier ist ein stellungsbezogener Bezug von Stadtrat und Parlament nötig. Er unterstützt Eintreten.

Hanspeter Fröhlich (FDP) unterstützt die neue Form der Jahresrechnung. Bei den Investitionen hat sich die FDP immer dafür eingesetzt, dass die Abweichungen zum Budget gering ausfallen. Über alles gesehen wurde 2011 fast eine Punkt-Landung erreicht. Die Steuereinnahmen sind einmal mehr zu tief budgetiert worden. Der vorgeschlagenen Gewinn-Verwendung wird zugestimmt. Auf die Rechnung soll eingetreten werden, der Geschäftsbericht soll genehmigt werden.

Erwin Sutter (FLiG) stellt Leben fest im IAFP. Der Geschäftsbericht ist ein gutes Nachschlagewerk geworden. Der Ertragsüberschuss der Stadtwerke wird sinnvoll verwendet. Auch das Ergebnis von Altersheim Espel und des Stadthaushaltes sind positiv. Im Hinblick auf die anstehenden Aufgaben und auf das Sparpaket des Kantons sind positive Ergebnisse wichtig. Er beantragt Genehmigung.

Gallus Hälgi (SVP) begrüsst die neue Berichterstattungsform, aufgebaut auf dem IAFP, und dankt für die grosse Arbeit. Die vom Stadtrat vorgeschlagene Gewinnverwendung ist verständlich. Das zusätzliche Abschreibung und die Einlage in das Eigenkapital sind sinnvoll. Künftig dürfte auch die Stadt Gossau Verluste schreiben, im Hinblick auf die grossen Investitionen. Diese sind genau auf ihre Notwendigkeit zu prüfen, lediglich Wünschbares ist zu streichen. Die Fraktion wird sich weiterhin gegen eine Steuerfusserhöhung wenden.

Stadtpräsident Alex Brühwiler anerkennt die Differenzen bei den budgetierten Steuereinnahmen. Der Kernaufwand der Stadt wächst seit 2006 deutlich weniger als das BIP. Andere Faktoren geben zur Besorgnis Anlass: die Investitionen sind überdurchschnittlich, die Abschreibungen unterdurchschnittlich. Das ergibt einen ungenügenden Cash Flow, das Fremdkapital ist auf 51 Mio. angewachsen. Die Kennzahlen im Personalbereich wurden analysiert, die Werte liegen im unteren Bereich. Ein Grossteil der Mitarbeitenden ist zufrieden. Thema bleiben die Löhne sowie die Weiterbildungsangebote. Die Sparpakete 1 und 2 des Kantons belasten die Gemeinden zusätzlich. Zentralörtliche Leistungen an die Stadt St.Gallen dürften die Stadt Gossau künftig zusätzlich mit 0.8 Mio. belasten. Die guten Zahlen der Vergangenheit können nicht in die Zukunft übertragen werden. Der Stadtrat beantragt Eintreten.

Detaildiskussion:

Diese wird nicht gewünscht.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen des Stadtrates wird einstimmig zugestimmt.

25.04

Oberstufenzentrum Rosenau, Erneuerung, Projektierungskredit; Überweisung an Baukommission

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 21. März 2012 mit folgendem Antrag:

Für die Erneuerung des Oberstufenzentrum Rosenau wird ein Projektierungskredit von CHF 500'000 inkl. MwSt. erteilt.

Das Präsidium beantragt, das Geschäft der Baukommission zu übertragen.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das Geschäft wird der Baukommission überwiesen.

25.05

Interpellation Claudia Martin (SVP) „Zusammenarbeit Politische Gemeinde Gossau und Schulgemeinde Andwil-Arnegg“

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 4. April 2012.

Die Interpellantin **Claudia Martin (SVP)** dankt für die klare und sachliche Beantwortung. Der Finanzbedarf der Schulgemeinde Andwil-Arnegg steigt ständig. Gossau darf brav die Forderungen zahlen. Die heutige Struktur ist veraltet, neue Formen sollten von Andwil und Gossau dringend geprüft werden. Die Voraussetzungen für einen Zusammenschluss der Schulgemeinden sind gegeben, die Gemeinden sollten für eine solche Lösung offen sein. Sie wünscht keine Diskussion.

25.06**Initiative „Sporthalle“**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates mit folgendem Antrag:

Der Stadtrat empfiehlt die Annahme der Initiative.

Eintretensdiskussion:

Der Präsident weist auf den Zusammenhang dieses Geschäftes mit dem GESAK (Gemeinde Sportanlagen Konzept) hin. Die Resultate aus jenem Projekt werden im Herbst 2012 vorliegen. Er erklärt, dass eine Volksabstimmung angeordnet werden müsste, würde das Parlament heute die Initiative ablehnen. In diesem Fall würde die Volksabstimmung erfolgen, bevor die Resultate aus dem GESAK vorliegen würden.

Stefan Harder (FLiG) spürt in der Stellungnahme des Stadtrates keine helle Begeisterung. Die Stimmbürger dürften den Bau einer neuen Mehrfachhalle befürworten. Für eine neue Sporthalle sprechen die vielen Unterschriften für die Initiative. Weiter ist im Budget 2012 die Machbarkeitsstudie für eine Mehrfachhalle enthalten. Gemäss den Leitsätzen der Stadtentwicklung sollen 90 % der Einwohner in Vereinen tätig sein, dies benötigt Raumressourcen. Die FLiG hat bewusst die Form einer Initiative gewählt, damit Verbindlichkeiten geschaffen werden. Ein Rückzug der Initiative kommt wegen der grossen Unterstützung nicht in Frage. Zum Zeitpunkt der Einreichung war noch keine Rede vom GESAK. Die Initiative muss spätestens 11 Monate nach deren Zustandekommen entschieden werden, d.h. bis zur Septembersitzung 2012. Andernfalls müsste der Stadtrat eine Volksabstimmung anordnen. Aus einer VBK wären keine neuen Erkenntnisse zu erwarten. Er beantragt, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Hanspeter Fröhlich (FDP) folgt dem Antrag des Stadtrates nicht. Der Stadtrat hält in seiner Stellungnahme fest, dass er vorerst das GESAK abwarten möchte. Die Baukosten für eine neue Halle dürften bei 9 – 11 Mio. liegen. Ein Durchwinken der Initiative ist nicht richtig, wenn gleichzeitig ein GESAK erstellt wird. Die Sportstätten sollen koordiniert geplant werden. Es bestehen keine Fristen für die Behandlung der Initiative. Die Einsetzung einer VBK wäre nicht ehrlich, weil damit lediglich das Geschäft hinausgezögert werden soll. Er beantragt in Analogie zu Art. 21 Gemeindeordnung:

„Die Initiative Sporthalle sei im Sinne eines Gegenvorschlags nicht anzunehmen, sondern im Zusammenhang mit dem GESAK zu beurteilen.“

Claudia Martin (SVP) erinnert an den soeben bewilligten Baukredit für die Sporthalle Buechenwald. Die Resultate aus dem GESAK sind erst im Herbst zu erwarten. Diese sollen abgewartet werden. Die Haltung des Stadtrates ist nicht verständlich. Trotz Hinweis auf die hohen übrigen Investitionen beantragt der Stadtrat Zustimmung zur Initiative. Die Sportinfrastruktur ist mit der Sanierung der Buechenwaldhalle wieder gewährleistet, die Initiative soll deshalb abgelehnt werden.

Markus Mauchle (CVP) gehört zum sportlichen Teil dieses Parlamentes. Die Sport-Anlagen in Gossau entsprechen nicht mehr dem nötigen Stand. Die Initiative Sporthalle soll im Einklang mit dem GESAK beurteilt werden. Die CVP schlägt deshalb vor, das Geschäft einer VBK zu übertragen. Daraus sollen keine Doppelspurigkeiten zum GESAK entstehen.

Florian Kobler (SP) hat Zweifel an der bisherigen Sportstättenplanung. Die SP hat deshalb eine Ersatzlösung für die Tribüne beantragt, diese hat das Parlament abgelehnt. Seit Dezember 2011 läuft der Auftrag für das GESAK, damit hat sich die Ausgangslage verändert. Die SP unterstützt das GESAK, dessen Resultate bis Herbst 2012 vorliegen werden. Er steht der Initiative positiv gegenüber, möchte aber die Resultate des GESAK abwarten. Er unterstützt den Antrag von Hanspeter Fröhlich.

Alfred Zahner (FLiG) zitiert Art. 44 des Gesetzes über Referendum und Initiative. Wenn das Stadtparlament in-
ner 11 Monaten keinen Beschluss gefasst hat, muss der Stadtrat die Abstimmung anordnen. Eine Verlängerung
dieser Frist ist nicht möglich. Er sieht folgende Vorgehens-Möglichkeiten: heute ablehnen, heute ja sagen, GE-
SAK schneller bearbeiten, heute VBK einsetzen, Verfahren verzögern bis Volksabstimmung durch Stadtrat anzu-
ordnen ist.

Hanspeter Fröhlich (FDP) weist darauf hin, dass die Unterschriftenzahl für die Initiative nicht automatisch be-
deutet, dass diese in der Volksabstimmung angenommen wird. Der Stadtrat wird den Zeitpunkt der Volksab-
stimmung bestimmen. Die Frist kann verlängert werden, wenn es sich als unmöglich erweist, über einen Gegen-
vorschlag fristgerecht zu beschliessen.

Die Sitzung wird an dieser Stelle für 10 Minuten unterbrochen, damit sich die Fraktionen beraten können.

Hanspeter Fröhlich (FDP) zieht seinen gestellten Antrag zurück. Ein Durchwinken des Geschäftes kommt für
ihn nicht in Frage, er unterstützt deshalb die Einsetzung einer VBK.

Stefan Harder (FLiG) unterstützt den Antrag auf Einsetzung einer VBK. Das Geschäft soll möglichst so vorberei-
tet werden, dass die Behandlung im Juli oder im September möglich wird.

Claudia Martin (SVP) möchte vom Stadtrat Urs Blaser hören, ob im Juli relevante Informationen aus dem GE-
SAK vorliegen werden.

Urs Blaser stellt fest, dass der Projektfahrplan GESAK keine Luft enthält. Das GESAK ist ein komplexes Projekt.
Obwohl die Arbeiten rasch aufgenommen wurden, und die Arbeiten intensiv laufen, benötigen die Abklärungen
Zeit. 90 Sportobjekte sind betroffen. Der Fahrplan ist auf den 6. November 2012 ausgerichtet (Präsentation an
das Stadtparlament). Eine Zusage auf Juli ist ausgeschlossen. Er will eine seriöse Arbeit abliefern. Auch muss der
Stadtrat - wenn die Resultate vorliegen - eine politische Wertung vornehmen können.

Alfred Zahner (FLiG) verweist nochmals auf Art. 44 RIG. Der Stadtrat weist ohne weiteres die Abstimmung an,
wenn das Parlament nicht entscheidet.

Hanspeter Fröhlich (FDP) verweist, dass der Stadtrat keine Frist hat, innert welcher die Abstimmung durchzu-
führen ist.

Markus Mauchle (FDP) wünscht, dass der Gegenvorschlag von Hanspeter Fröhlich in die Beratung der VBK
einbezogen wird.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Erste Abstimmung

(Überweisung des Geschäftes an eine Vorberatende Kommission):

19 Ja zu 9 Nein.

Somit wird das Geschäft einer Vorberatenden Kommission überwiesen

Zweite Abstimmung

Die VBK wird wie folgt besetzt:

CVP	Manser Ruedi	Präsident
CVP	Häseli Stefan	Mitglied
FDP	Senteler Walter	Mitglied
SVP	Martin Claudia	Mitglied
FLiG	Zahner Alfred	Mitglied

25.07

Zweckverband Regionales Pflegeheim Gossau; Austritt Waldkirch

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 4. April 2012 mit folgenden Anträgen:

1. *Die Vereinbarung zum Austritt der Politischen Gemeinde Waldkirch aus dem Zweckverband Regionales Pflegeheim Gossau im Entwurf vom 13. März 2012 wird genehmigt.*
2. *Der Nachtrag zur Vereinbarung über den Zweckverband Regionales Pflegeheim Gossau vom 21. Januar 1999 im Entwurf vom 12. März 2012 wird genehmigt.*

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

25.08

Erneuerung Schulanlage Haldenbüel, Baukredit; Überweisung an Baukommission

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 4. April 2012 mit folgenden Anträgen:

1. *Für die Erneuerung der Schulanlage Haldenbüel wird ein Baukredit von CHF 9'985'000 inkl. MwSt. bewilligt.*
2. *Sollte sich die Evangelische Kirchgemeinde rechtzeitig für ein Energiecontracting aussprechen, so ist diese Art von Energiebezug auch für die Schulanlage Haldenbüel vorzusehen. Für die Erneuerung der Schulanlage Haldenbüel wird in diesem Fall ein Baukredit von CHF 9'705'000 inkl. MwSt. bewilligt.*
3. *Die Investitionskosten sind linear während 25 Jahren abzuschreiben.*
4. *Nach der Erneuerung der Schulanlage Haldenbüel wird das Konto 282019 Schulinfrastruktur über CHF 2 Mio. im Sinne einer jährlichen Abschreibung während fünf Jahren (CHF 400'000 pro Jahr) zu Gunsten der Schulanlage Haldenbüel aufgelöst.*

Das Präsidium beantragt die Überweisung an die Baukommission.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das Geschäft wird der Baukommission überwiesen.

25.09

Vereinbarung über den Kindes- und Erwachsenenschutzkreis Region Gossau; Genehmigung

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 4. April 2012 mit folgendem Antrag:

Die Vereinbarung über den Kindes- und Erwachsenenschutzkreis Gossau im Entwurf vom 16. März 2012 wird genehmigt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

25.10**Neue Vorstösse**

Interpellation Hanspeter Fröhlich (FDP) „Einbahnverkehr“

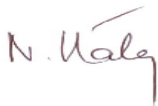
Interpellation Florian Kobler (SP) „Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit auf dem Bahnhofsareal Gossau“

Einfache Anfrage Alfred Zahner (FLiG) „Lichtverschmutzung oder LED-Beleuchtung“

Einfache Anfrage Peter Bernhardsgrütter (CVP) „Tierkörpersammelstelle; Anschluss ARA Oberglatt“


Bruno Damann hat seinen Rücktritt per 31. Mai 2012 erklärt, weil er als Mitglied des Kantonsrates gewählt worden ist. Fraktionspräsident Markus Mauchle verabschiedet ihn mit bestem Dank für seine Leistungen.

Der Präsident



Norbert Hälg

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. Mai 2012 genehmigt.